

Stoppt die Eskalation! Stoppt den Krieg gegen die Ukraine! Verhandlungen statt Panzer!



Der Krieg muss sofort beendet werden, Russland muss die Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Die Ukraine hat das Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angriff Russlands. Aber mehr Waffen-Lieferungen werden nicht zu einem Ende des Krieges führen – das geht nur mit Verhandlungen und Diplomatie. Stattdessen steigt die Gefahr, dass der Krieg eskaliert und sich weiter hinzieht: mit immer mehr Toten und mit immer mehr Verwüstung. Ein langer Krieg verbraucht viel Material. Das ist gut für die Rüstungsindustrie. Für die Menschen bedeutet das: unendliches Leid. Wenn auch der größte Panzer der Welt nicht zum Sieg der Ukraine führt, was wird als Nächstes gefordert? Kampfjets? Soldat*innen? Wir sagen: Raus aus der Eskalation! Die Bundesregierung hat nun entschieden, Leopard-2-Panzer an die Ukraine zu liefern. Die ukrainische Regierung wünschte sich das. DIE LINKE lehnt Waffenlieferungen an die Ukraine ab. Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Stattdessen müssen die Kriegsparteien zu Verhandlungen gedrängt werden.

DIE LINKE fordert:

- Russland muss die Kampfhandlungen sofort einstellen, einem Waffenstillstand zustimmen und an den Verhandlungstisch zurückkehren.
- EU und Bundesregierung müssen diplomatische Initiativen starten, um aus der Logik von Krieg und Eskalation auszubrechen.
- Waffenstillstandsverhandlungen müssen unter dem Dach der Vereinten Nationen beginnen.
- DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, keine Leopard-2-Panzer und keine schweren Waffen in die Ukraine zu liefern.
- Alle Seiten müssen garantieren, dass sie keine Atomwaffen einsetzen werden. Deutschland muss dem Atomwaffen-Verbotsvertrag beitreten.
- Humanitäre Hilfe für die Ukraine. Die Schulden müssen erlassen werden.
- Schnelle Hilfe für alle Geflüchteten. Kriegsdienstverweigerer aus Russland und der Ukraine müssen Asyl bekommen.
- Die Rüstungskonzerne machen Extra-Profite mit dem Krieg. Diese Profite müssen mit einer Übergewinnsteuer belegt werden!
- Die EU muss ein Vermögensregister einführen, um Geldwäsche und Vermögen der russischen Oligarchen besser anzugreifen.
- Militarisierung stoppen! Der Ukrainekrieg wurde bereits genutzt, um die Bundeswehr mit 100 Mrd. Euro aufzurüsten. Jetzt beginnt das Jammern über die angeblich „kaputtgesparte“ Bundeswehr erneut und im Gespräch sind 300 Mrd. Euro fürs Militär. Was für ein Wahnsinn! An die kaputtgesparten Kliniken und die maroden Schulen denkt die Bundesregierung stattdessen nicht.

Inhalt:

- S.1 DIE LINKE. fordert Verhandlungen
 - S.2 Bericht aus dem Landtag von Mirko Schultze
 - S.3 Inhaltliche Eckpunkte zur Kommunalwahl 24 und Sozialberatung
 - S.4 Termine im Landkreis
- Zugabe: Eckpunktepapier



Impressum

Herausgeber:
Die LINKE. im Landkreis Görlitz, Kreisvorstand
Adresse:
Geschäftsstelle
Rosa-Luxemburg-Str. 17
02943 Weißwasser
Tel.: 03576 216 28 93
Auflage: 450 Stück
Spendenempfehlung: 1,-€



Mirko Schultze: Innenministerium bei Feuerwehrfragen ahnungslos – die Arbeit nicht nur zur Hälfte erledigen, Herr Innenminister!

Seite:2/4

Die Linksfraktion hat der Staatsregierung eine Bestandsaufnahme zu Sachsens Feuerwehren abgefordert. Die Antworten auf die Große Anfrage (Drucksache 7/10322) fielen allerdings karg aus – oft lauten sie ‚Von einer Beantwortung wird abgesehen‘ oder ‚der Staatsregierung liegen keine Erkenntnisse vor‘. Das Innenministerium hat demnach keine Erkenntnisse über den baulichen Zustand und den Sanierungsbedarf von Feuerwehrgebäuden. Es weiß nichts über die Einsatzbereitschaft und Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren. Das Ministerium hat keinen Überblick über das Material und persönliche Schutzausrüstung. Heute befasst sich der Landtag mit den Antworten.

Dazu erklärt Mirko Schultze, Sprecher für Feuerwehr und Katastrophenschutz:

„Sind die Nicht-Antworten eine Frechheit oder beruhen sie, was weitaus schlimmer wäre, auf lebensgefährlicher Unwissenheit? Dem nicht mehr ganz neuen Innenminister Armin Schuster und dem Landesbranddirektor sprechen wir Kompetenz zu, aber wir fragen uns, wie es um die Fachabteilung im Innenministerium bestellt ist. Schließlich konnte sie 71 von 148 nicht oder nur teilweise beantworten. Viele dieser Zahlen müssen vorliegen, das sagen uns zumindest die Feuerwehren! Die Abteilung kann sich nicht damit herausreden, lediglich die Rechtsaufsicht auszuüben. Die Staatsregierung kann die Verantwortung für die landesweite Brand- und Katastrophenschutzorganisation nicht auf die Kommunen abschieben. Der Überblick über ein ganzes Land gehört ins Innenministerium und nicht in die Landratsämter und Rathäuser!

Sachsens Feuerwehrleute versuchen mit größtem Engagement, Defizite auszugleichen – das gilt vor allem für die Ausrüstung, die Aus- und Weiterbildung sowie die Nachwuchsgewinnung. Sie verdienen mehr Hilfe vom Freistaat (Drucksache 7/12366), zumal nicht die ganze Last auf den Ehrenamtlichen lasten darf! Die erste Voraussetzung dafür ist freilich, dass sich das Innenministerium ein vollständiges Lagebild verschafft. Dazu muss es das Ohr nahe an den Wehren haben, denn die Kommunen melden oft nur den bezahlbaren und nicht den tatsächlichen Bedarf. Innenminister Schuster muss dringend dafür sorgen, dass sein Haus die Arbeit nicht nur zur Hälfte erledigt.

Das Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (BRKG) muss endlich novelliert werden. Bis zum Jahresende muss ein Konzept vorliegen, wie die Tages- und Nachteinsatzbereitschaften gesichert werden können – dazu müssen die Möglichkeiten von Standortfeuerwehren genutzt werden. Dazu gehören dezentrale Aus- und Weiterbildungsmodelle für das Haupt- und das Ehrenamt. Die Nachwuchsarbeit ist zu fördern, etwa durch Freistellungen und Bildungsurlaub. Nicht zuletzt muss die Sirenen- und Warninfrastruktur weiter ausgebaut werden, damit bald alle Bürgerinnen und Bürger mit mindestens zwei voneinander unabhängigen Warninformationen abgesichert sind.“

Auch die Verknüpfung zum Katastrophenschutz muss deutlich ausgebaut werden. Um dafür eine parlamentarische Datengrundlage zu erheben, werden wir in diesem Jahr eine große Anfrage zum Katastrophenschutz einreichen und zusätzlich zu den Ergebnissen zu unserer Frühjahrstour durch Sachsen zu dem Thema, die Novellierung des BRKG gewohnt praxisnah begleiten.

Inhaltliche Eckpunkte zur Kommunalwahl 2024 im Landkreis Görlitz

Vorwort:

Das Eckpunktepapier ist ein Angebot, einen gemeinsamen Rahmen für die kommunalen Wahlprogramme aufzuzeigen und gleichzeitig zu beschreiben, wie wir uns als LINKE eine an Schwerpunkten ausgerichtete kommunale Gestaltung vom Kreis bis zur Gemeinde vorstellen.

Was wir wollen, ist eine Leitschnur diskutieren, Leitplanken geben und eine Idee veröffentlichen, wie wir an LINKE Politik herangehen. Wir wollen aufzeigen, dass kommunale Abgeordnetentätigkeit natürlich zutiefst politische Arbeit ist und jede, die für Die LINKE als Kandidatin antritt, damit auch immer Parteipolitik vertritt. Wir sind überzeugt, dass eine Antwort auf die kommunalen Herausforderungen in unserer Zeit – die soziale Frage, die ökologische Frage und die Frage von Mitbestimmung – eine Antwort von LINKS sein muss.

Es ist den Verfasserinnen bewusst, dass wir weder alle Themen gemeindscharf bearbeiten können noch, dass wir alle wesentlichen kommunalen Schwerpunkte, auch wenn sie für die einzelne Akteurin vor Ort von hoher Priorität sind, in das Eckpunktepapier einfließen lassen konnten. Dafür kennen wir längst nicht alle kommunalen Probleme. Insofern konzentrieren wir uns bewusst auf ausgewählte Themenbereiche, die kommunal übertragbar und verallgemeinerbar sind. Ihr findet das Eckpunktepapier in vollem Umfang am Ende der LDN.

**Gemeinsam
mehr werden.
Gerechtigkeit
ist machbar.**



Sozialberatung

NEU: Jetzt auch in Zittau!!

Für alle die Hilfe benötigen, egal ob Parteimitglied oder nicht, könnt ihr zu den Sprechzeiten OHNE Termin zur Sozialberatung kommen und in Ruhe bei einem heißen Tee oder Kaffee eure Probleme schildern. Sei es ein Amtsschreiben, das ihr nicht versteht, oder ein Brief mit einer Mieterhöhung wegen gestiegener Heizkosten:

Wer Rat sucht, findet Hilfe bei uns!

- In Zittau, Äußere Weberstraße 2
Dienstag: 12:00 -17:00 Uhr
- In Weißwasser, Rosa-Luxemburg-Straße 17
Mittwoch: 10:00 – 16:00 Uhr
Donnerstag:12:00 – 17:00 Uhr

Da wir das immer wieder gefragt werden: *Natürlich ist die Sozialberatung kostenlos!*

Falls es schnell gehen muss und für die, die nicht in Weißwasser wohnen, kann auch unter der Telefonnummer: 03576 / 216 28 93 das Anliegen besprochen werden.

Per E-Mail ist das Angebot erreichbar unter: sozialberatung-weisswasser@dielinke-goerlitz.de



Termine im Landkreis

Seite:4/4

Regelmäßig, gemeinsam

- In **Görlitz** findet am zweiten Donnerstag im Monat um 19:00 Uhr der Linke Stammtisch in der Bierblume, Neißestraße 8 statt. Kommt gern vorbei!
- In **Weißwasser** treffen sich einige unserer älteren Genossen bei Kaffee und Kuchen zum Austausch. Diese Nachmittage zeichnen sich durch Gesellschaftsspiele, kreative Handarbeit und gute Gespräche aus und ihr seid herzlich eingeladen. Wir bitten allerdings um eine kurze Voranmeldung per Telefon unter: 03576 2162893 in der Kreisgeschäftsstelle. So gehen wir sicher, dass genug Kaffee da ist.
- Unsere Linksjugend trifft sich auch regelmäßig. In **Görlitz** Dienstags um 17:00 Uhr und in **Weißwasser** jeden ersten Dienstag im Monat um 15:00 Uhr.

sächsischer Parteikonvent

Wie vom Landesparteitag im November 2022 beschlossen, wird am 29. April von 10 bis 17 Uhr unser Parteikonvent stattfinden. Ort wird die VDI Garage in **Leipzig** sein. Barrierefreiheit ist gegeben. Eine Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln und/oder das Bilden von Fahrgemeinschaften wird dringend empfohlen. Einige wenige kostenpflichtige Parkplätze befinden sich gegenüber dem Objekt. Ziel der Veranstaltung ist der gemeinsame Austausch zur Rolle und Zukunft der Partei DIE LINKE. Sachsen. Hierfür wird es offene Diskussionsrunden und World Cafés zu bestimmten Fragestellungen geben, welche zur Willensbildung der Teilnehmenden beitragen sollen. Es wird den Teilnehmer:innen außerdem ein vorurteilsfreier Raum für den Meinungsaustausch geboten. Für die Bessere Planung wird darum gebeten sich unter dielinke-sachsen.de/termine/parteikonvent vorab anzumelden.

Wiederkehrende Termine

- Basistag in **Zittau**, jeden zweiten Mittwoch im Monat.(Büro Zittau)
- **Löbauer** Ortsvorstands/Basisvertreter-Treffen, jeden ersten Mittwoch im Monat um 17:00 Uhr. Für den Treffpunkt meldet euch beim Ortsvorsitzenden Ferdinand Lorenz unter: 0162/6472226 oder ferdinand.lorenz@antonia-mertsching.de.
- Mitgliederversammlung **Bo-Oberland**, Dienstags 17:00 Uhr im Gasthof "Brauerei" **Ebersbach-Neugersdorf**. Erste Termine: 21.03., 18.04., 20.06. und 18.07.

Aktionen

- 08.03. Frauen(kampf)tag in **Weißwasser** ab 16:00 Uhr vor Hugendubel.

Kreisvorstand

18.03. Kreisparteitag
10:00 -15:00 Uhr, Gewerbepark
Am Klinikum 7, 02826 Görlitz

23.03. KV-Sitzung
20.04. KV-Sitzung
11.05. KV-Sitzung
immer 18:00 Uhr

Weiteres vor Ort

| Datum/Uhrzeit | Veranstaltung |
|---------------|---------------|
| | |

Inhaltliche Eckpunkte zur Kommunalwahl 2024 im Landkreis Görlitz

Vorwort:

Das Eckpunktepapier ist ein Angebot, einen gemeinsamen Rahmen für die kommunalen Wahlprogramme aufzuzeigen und gleichzeitig zu beschreiben, wie wir uns als LINKE eine an Schwerpunkten ausgerichtete kommunale Gestaltung vom Kreis bis zur Gemeinde vorstellen.

Was wir wollen, ist eine Leitschnur diskutieren, Leitplanken geben und eine Idee veröffentlichen, wie wir an LINKE Politik herangehen. Wir wollen aufzeigen, dass kommunale Abgeordnetentätigkeit natürlich zutiefst politische Arbeit ist und jede, die für Die LINKE als Kandidatin antritt, damit auch immer Parteipolitik vertritt. Wir sind überzeugt, dass eine Antwort auf die kommunalen Herausforderungen in unserer Zeit – die soziale Frage, die ökologische Frage und die Frage von Mitbestimmung - eine Antwort von LINKS sein muss

Es ist den Verfasserinnen bewusst, dass wir weder alle Themen gemeindefach bearbeiten können noch, dass wir alle wesentlichen kommunalen Schwerpunkte, auch wenn sie für die einzelne Akteurin vor Ort von hoher Priorität sind, in das Eckpunktepapier einfließen lassen konnten. Dafür kennen wir längst nicht alle kommunalen Probleme. Insofern konzentrieren wir uns bewusst auf ausgewählte Themenbereiche, die kommunal übertragbar und verallgemeinerbar sind.

Ein erläuterndes Beispiel: Das Volkshaus Weißwasser oder die Stadthalle Görlitz, beide Projekte stahlen weit über die beiden Städte hinaus und könnten beispielgebend für Kulturpolitik stehen, sind aber von ihrer eigenen Spezifik nicht auf kleinere Gemeinden reduzierbar und auf Grund ihrer Finanzvolumina auch weit weg von Normalmaßen.

1. Kommunale Unternehmen als Garanten für Infrastruktur und Daseinsvorsorge

These: Ohne Wenn und Aber: Aufgaben der Daseinsvorsorge gehören zu 100 % in öffentliche Hand! Genossenschaftsmodelle können staatliches und bürgerschaftliches Engagement zum beiderseitigen Vorteil effektiv verbinden.

Als LINKE bleiben wir dabei: Kommunales Eigentum darf nicht privatisiert werden. Es geht dabei nicht nur um den Zugriff auf Aufgaben der Daseinsvorsorge, die wir selbstverständlich in öffentlicher Hand gehörig sehen. Es geht darum, dass beispielsweise Gesundheit keine Wahre und Wohnen keine Frage von Gewinnmaximierung sein dürfen, denn Beides sind grundlegende Menschenrechte, welche wir auch im ländlichen Raum verteidigen müssen. Den Verkauf von kommunalem Eigentum lehnen wir ab. Kommunale Eigenbetriebe, im TVÖD verankert und unter direkter Kontrolle der gewählten Vertreterinnen in den Räten, ist für uns das ideale Modell. Ausgliederungen auch in 100%ige Töchter lehnen wir für die Zukunft ab. Als Alternative zum Eigenbetrieb kann für uns nur ein Genossenschaftsmodell unter Einbeziehung der Bürgerinnen stehen.

2. Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren

These: Der Mensch zuerst! Die Region braucht mehr Investitionen in vorsorgende soziale Infrastruktur, um über neue Köpfe wirtschaftliche Impulse zu generieren.

Wirtschaftliche Entwicklung stabilisieren heißt, vorteilhafte kommunale Rahmenbedingungen zu schaffen und bestehende Unternehmen zu stärken. Dazu gehören die klassischen „harten“ Rahmenbedingungen wie Infrastruktur, aber auch die fälschlich als „weiche“ Faktoren bezeichneten wie Kultur, medizinische Versorgung oder Wohnraumangebot. Wirtschaft ist für uns aber mehr als neue große Industrieansiedlungen, die die Ausnahme bleiben werden, oder klassisches Gewerbe.

Wirtschaftsförderung erschöpft sich auch längst nicht mehr darin, Gewerbegebiet an Gewerbegebiet zu erschließen.

Wir denken kommunale Wirtschaft in einem umfassenden Sinne. Dazu gehören – neben der klassischen kommunalen Versorgungswirtschaft von Energie bis Abfall - auch die Kultur- und Kreativwirtschaft, die Bildungslandschaft sowie alle sozialen Dienstleister für Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser oder Betreuungseinrichtungen unabhängig von der jeweiligen Trägerschaft. Eine solche Sicht auf Wirtschaft in Kommune ist keine rein ökonomische, die sich definiert über Aufwendungen und Erträge oder das Eigentum, sondern über das Ziel der konkreten wirtschaftlichen Tätigkeit und vor allem die Menschen, die mit ihr ihren Lebensunterhalt verdienen.

Heißt: Reden wir von wirtschaftlicher Entwicklung, geht es zuerst um **Rahmenbedingungen für Menschen**, die es attraktiv machen, sich in der Lausitz heimisch zu fühlen. Mit den Menschen kommen auch Unternehmen(ideen), Dienstleister, Händlerinnen, Kunst- und Kulturschaffende. Kurz: Es kommt eine neue Generation von Gestalterinnen, die bewusst diese Region prägen werden. Denn was diese Region und was dieser Landkreis dringend brauchen sind neue Köpfe.

3. Strukturwandel als Chance – Mehr kreisliche Dienstleistung, weniger Steuerung von oben

These: Der Strukturwandel in der Lausitz muss neu ausgerichtet werden, wenn er noch erfolgreich werden soll. Mehr Teilhabe, Transparenz und Unterstützung von Kommunen in der Projektbearbeitung sind dafür Voraussetzung.

Strukturwandel ist ein permanenter Umbauprozess der Wirtschaft, der umso schwieriger gestaltet werden kann, je länger ein konkreter Wirtschaftszweig eine Region insgesamt dominiert hat. Die Kohleförderung und -verstromung in der Lausitz prägte die Region seit über 150 Jahren. Der Strukturumbau in der Lausitz ist daher langwierig und bedarf immenser finanzieller Mittel. Gesamtgesellschaftlich wird der Umbau der Energiewirtschaft bereits überlagert vom Umbau der Automobilindustrie oder dem Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft.

Es geht also um eine hoch wirksame Ressourcenverteilung, damit die parallelen Umbauprozesse bewältigt werden können. Deswegen kommt es nicht darauf an, möglichst viel Geld in möglichst große Projekte zu stecken, sondern zu fragen, wem die Investition nützt und was sie langfristig für die gesamte Region bewirken kann. Sorgt sie dafür, dass Menschen hierher kommen oder dass die Lausitz bekannter wird? Sorgt sie dafür, dass Kommunen weniger abhängig von Transferleistungen werden und ihre Selbstverwaltung stärken können? Sorgt sie dafür, dass hier gute Löhne gezahlt und bessere Lebensbedingungen geschaffen werden? Ist das Projekt auf ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet und sind Vorteile weit über die Standortkommune zu erwarten? Können mehrere dieser Fragen positiv beantwortet werden, dann handelt es sich um eine gute Investition unabhängig davon, ob sie fiskalisch eher klein oder groß ausfällt.

Ehrliche Teilhabe, durchgängige Transparenz und wissenschaftliche Begleitung

Um aber zu wissen, was eine Investition bewirkt, brauchen wir eine ehrliche Teilhabe der hier lebenden Menschen an Ideenfindungs-, -entwicklungs- und Entscheidungsprozessen, Transparenz in allen Projektphasen sowie eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung. Partizipation darf nicht zur vielfach kopierten Alibiveranstaltung verkommen, für die externe Dienstleister nicht unerhebliche Strukturwandeltender einstreichen. Jede Veranstaltung, die als Mitmach-Angebot daherkommt und Anregungen von Menschen einsammelt, ohne dass daraus spürbare Ergebnisse erwachsen, untergräbt Chancen des Strukturwandels. Ebenso wird kommunale Kreativität ausgebremst, wenn versucht wird, den Strukturwandelprozess aus der Landkreisverwaltung heraus zu stark zu steuern. Was Kommunen dagegen dringend einfordern müssen, ist eine Stärkung der Dienstleistungsfunktion

der Landkreisverwaltung in Strukturwandelfragen. Dazu zählt die konkrete Unterstützung bei Projektentwicklung und Antragstellung oder die Hilfe beim Aufbau von Expertinnennetzwerken.

4. Unsere Zukunft – Kinder und Jugendliche

These: Jugendarbeit ist Fundament für selbstbewusste Menschen. Wer an Ausgaben für Kinder und Jugendlichen spart, verbaut kommunale Zukunft.

Für uns stehen Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt unserer kommunalen Arbeit. Sie sind Expertinnen ihrer Generation und sie müssen Rahmenbedingungen bekommen, die sie stärken und zu selbstbewussten Menschen wachsen lassen. Das meint: Wir brauchen Spielplätze da, wo Kinder sind, aber auch schon dort, wo sie noch kommen sollen. Wir brauchen Schulen dort, wo Schülerinnen und Schüler wohnen, nicht Kreisrundfahrten an jedem Morgen. Wir brauchen Schutz- und Rückzugsräume, damit Kinder und Jugendliche sofort die Hilfe bekommen können, die sie benötigen.

Zusätzlich muss es neben organisierten Angeboten im kulturellen und sportlichen Bereich auch selbstorganisierte und selbstverwaltete Jugendtreffs geben, die beraten und betreut, aber nicht geleitet und gelenkt werden. Das sind die Orte von und für Jugendliche, wo sie sich ausprobieren können, wo sie befreit von der Hierarchie von Schule und Elternhaus ihre Persönlichkeit entwickeln können. Hier wird ganz nebenbei Befähigung für Gestaltung von Gemeinwesen vermittelt – im besten Fall also der Gemeinde- oder Stadtrat von morgen herangezogen. Jugendarbeit in diesem Sinne ist praktische demokratische Bildung.

All das können wir z.Z. im Landkreis nur rudimentär finden. Im Gegenteil: Wir werden angesichts der finanziellen Lage des Landkreises gerade in der zukünftigen Jugendhilfeplanung gegen weitere Einschnitte bei den Leistungen für junge Menschen kämpfen müssen. In den Städten und Gemeinden werden unsere Räte konsequent dafür einstehen, die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zu erhalten und auszubauen. Denn: Ein Sparen an Ausgaben für Kinder und Jugendliche ist verantwortungslos und kommt uns mittelfristig in jedem Fall immer teu(r)er zu stehen.

5. Bildung

These: Gute Bildung heißt Bildung für alle, lebenslang und kostenfrei. Aus kommunaler Sicht sind Bildungseinrichtungen wichtiger Standortfaktor, der der Gemeinde ein modernes Image verleihen kann. Die kreisliche Schülerbeförderung muss kostenfrei sein.

Gute Bildung ist unverzichtbar - für jede Einzelne sowie die Gesellschaft – und sie beginnt bereits in der Kindertagesstätte. Die Rahmenbedingungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene müssen fair, gerecht und durchlässig gestaltet sein. Die Orte von Bildung sind soziale Begegnungsräume, die Freude am Lernen und ein gesundes Leben fördern sollen.

Soviel zum Anspruch. In der Realität hängt der Bildungserfolg in Deutschland wie in kaum einem anderen Staat vom Einkommen und Bildungsstand der Eltern ab, besteht ein extremer Sanierungsstau an Gebäuden, ist die Technik hoffnungslos veraltet. Und Bildung ist längst nicht kostenfrei – nicht die frühkindliche ab der Kita und auch nicht die schulische - trotz Schulpflicht. Das muss sich ändern!

Die stagnierenden pauschalen Zuweisungen des Freistaates bei steigenden Betriebskosten von Kindertagesstätten führen zu immer höheren kommunalen Belastungen, die anteilig an die Eltern weitergereicht werden (dürfen). Auch Lernmittelfreiheit bedeutet längst nicht Kostenfreiheit: Arbeitsmaterialien wie Schreibhefte, Stifte, Taschenrechner oder Mal-Utensilien müssen ebenso aus der elterlichen Tasche bezahlt werden wie Beiträge für Fahrtkosten, Kopierkosten, Klassenfahrten,

AGs oder Nachhilfe. Auf diese Weise kommen schnell Summen von mehreren hundert Euro jährlich auf die Eltern zu.

Hier können Kommunen ansetzen: Es ist Aufgabe linker Räte, die Ungerechtigkeiten im Bildungswesen schonungslos anzusprechen: Kita-Gebührenerhöhungen sind abzulehnen, dagegen ist die Anhebung der Landespauschale einzufordern. Der kreislich organisierte Schülerverkehr ist kostenfrei zu stellen. Die Schulen sind bei der Beschaffung von Lernmitteln aktiv zu unterstützen mit dem Ziel, Eltern weiter von Kosten zu entlasten.

Nicht wenige Kommunen denken Bildung – trotz fehlender direkter inhaltlicher und personeller Zuständigkeit - inzwischen weiter und begreifen gute Schulen als wichtigen Standortvorteil. Mancherorts folgte der jahrelangen sächsische Schulschließungspolitik der Aufbau von Schulen in freier Trägerschaft. Unabhängig von der Trägerschaft sind auch räumliche und technische Anforderungen gerade seit der Pandemieerfahrung stark angestiegen. Darauf ist zu reagieren.

Kommunen müssen dafür sorgen, dass an ihren Schulen Räumlichkeiten für ein qualitativ hochwertiges Ganztagsangebot, für Sport und die Schulsozialarbeiterin vorhanden sind. Die Ausstattung für das Lernen in der digitalisierten Welt muss dringend verbessert werden. Ebenso ist eine wichtige Lehre aus den Jahren seit 2020, dass die Ausstattung kleinerer Klassenräume mit Luftreinigungsanlagen sinnvoll ist.

Aber genauso gehört zu einem Ort der guten Bildung auch die Möglichkeit, ein gesundes Frühstück oder warmes Mittagessen in ansprechenden Räumen einnehmen zu können. Im besten Fall wird das Essen gemeinsam mit Schüler*innen in der eigenen Küche aus regionalen Zutaten frisch zubereitet. Oder es wird ein regionaler Anbieter im nahen Umfeld gebunden, der gesundes Essen anliefert.

Gute Bildung braucht gute Lehrerinnen. Deshalb unterstützen wir die in Schulen gewachsene Initiative zur Ausbildung von Lehrerinnen in der Lausitz, damit sich die Haltewirkungen, die in der Ausbildungszeit entstehen, positiv auf den Lehrerinnenmangel einwirken.

Gute Bildung braucht Geld. Aber Investitionen in Bildungseinrichtungen sind immer gut angelegt. Dafür muss die kommunale Familie selbstbewusst eintreten und mehr Mittel von Bund und Land einfordern. Es gibt keine wirklich gute Begründung gegen Investitionen in Bildung. „Klamme Kassen“ müssen Herausforderung sein, nie Totschlagsargument.

6. Forschung

These: Die Forschungslandschaft im Landkreis ist Katalysator für wirtschaftliche Entwicklung und Ansiedlungsmotor. Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und wissenschaftlichen Einrichtungen ist zu stärken und gezielt auszubauen.

Die Lausitz ist ein Standort für Forschung. Nicht nur mit der Hochschule Zittau/Görlitz und zahlreichen wissenschaftlichen Instituten hat sich eine Forschungslandschaft etabliert, die es weiter auszubauen gilt. Neben den offensichtlichen Bildungsträgern haben auch viele kleine Firmen eigene Entwicklungsabteilungen und an zahlreichen Museen der Region wird, wenn auch meist im kleinen Maßstab, Forschung betrieben. Dies sollten wir fördern und ausbauen. Dafür bedarf es infrastruktureller Rahmenbedingungen, aber auch eine bewusst gestaltete und gelebte Willkommenskultur und eine für Forschung und Innovation aufgeschlossene Zivilgesellschaft. Kommunale Verwaltungen aber auch Schulen, Vereine und Verbände müssen mehr als in der Vergangenheit die Chance der Zusammenarbeit und des Wissensaustausches nutzen, u.a. über den Abschluss kommunaler Kooperationsvereinbarungen oder die Integration in kommunalpolitische Entwicklungskonzepte.

7. Inklusion – Alles-für-Alle-Prinzip durchsetzen

These: Inklusion ist keine Gleichmacherei, sondern ein Grundrecht, das bei allen kommunalen Vorhaben von Anfang an berücksichtigt werden muss.

Inklusion heißt für uns Teilhabe für alle und geht weit über Integration oder Nachteilsausgleich hinaus. Wir wollen, dass Menschen selbstbestimmt und selbstorganisiert leben können in Würde und ohne Diskriminierung. Inklusion betrifft uns alle und deshalb muss es ein Leitmotiv im Landkreis sein, was auf alle Bereiche angewandt wird. Wir wollen keine Sondereinrichtungen oder spezielle Lösungen. Wir wollen das „Alles-für-Alle-Prinzip“, weil jede zunächst Expertin in eigener Sache ist. Wir wollen, dass Verwaltung und Planung nicht erst reagieren, wenn der unmittelbare Bedarf entsteht, sondern bereits Barrieren verhindert werden, bevor ihre Überwindung zur Zwangslage wird. Dann erübrigt sich auch das regelmäßig vorgeschobene Kostenargument. Für uns kann es keine Planung geben, die nicht Inklusion mitdenkt und zum Prinzip erhebt - ob bei Schule oder Baumaßnahmen, ob bei Kultur oder Raumplanung, ob bei medizinischer Betreuung oder Arbeitswelt. Ein kommunaler Inklusionsplan, der konkrete Ziele und Maßnahmen beschreibt, die geeignet sind, die UN-Behindertenrechtskonvention Schritt für Schritt weiter umzusetzen, kann helfen auf dem Weg zur inklusiven Gemeinde/Stadt.

8. Digitale Infrastruktur – Ausbau fördert Innovation

These: Kommunale Lösungen für eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur müssen vorausschauend und technikoffen sein, damit Kommunen im ländlichen Raum Standortnachteile ausgleichen können.

Funklöcher und fehlende Bandbreite sind längst nicht mehr ein kleines Ärgernis, sondern verhindern Innovation. Ohne ein funktionierendes 5G-Netz wird es keine Telenotfallmedizin geben, ohne schnelle Anschlüsse das Arbeiten vom wieder sanierten Elternhaus auf dem Dorf nicht möglich sein. Es wird keine moderne dezentrale Verwaltung geben, wenn wir die digitale Infrastruktur nicht schnell ausbauen. Wir wollen Städte und kommen und einen Landkreis, der neben der klassischen analogen Variante auch eine vollständig digitale Möglichkeit bietet, alle Aufgaben von und mit der Verwaltung zu erledigen. Wir wollen eine Initiative, die uns fit macht für die Zukunft und nicht den Stand von heute reproduziert. Wir brauchen ein Bewusstsein, dass sich digitale und analog Systeme ergänzen und mehr Chance als Bedrohung darstellen.

9. Soziale Energiewende und klimagerechte Entwicklung

These: Die kommunale Energie- und Wärmeversorgung von morgen muss klimaneutral organisiert werden. Eine Vielfalt an dezentralen Projekten verschiedener Eigentumsformen stärken regionale Wertschöpfungsketten und erhöhen die Attraktivität des ländlichen Raums.

Die Notwendigkeit, mit verstärkten Kraftanstrengungen auf allen staatlichen Ebenen auf die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels zu reagieren, ist im Bewusstsein der Menschen angekommen. Es geht endlich nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie. Zahlreiche Kommunen haben in der Vergangenheit bereits am europäischen Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren für kommunale Energieeffizienz und Klimaschutz (EEA) teilgenommen und ihre lokalen Potenziale zur Energie- und CO₂-Einsparung ermittelt und ausgeschöpft. Nun muss „ein Zahn“ zugelegt werden, um die deutschen Klimaschutzziele noch erreichen zu können. Energiesparlampen in der Straßenbeleuchtung reichen dazu nicht mehr aus. Nicht unwichtig: Die steigenden Energiekosten verunsichern und wachsen zu einer nicht zu unterschätzenden finanziellen Belastung heran, die den sozialen Frieden im Ort gefährden kann. Kommunen dürfen sich deshalb nicht auf Bund oder Land verlassen, sondern müssen spätestens jetzt proaktiv gegensteuern.

Wer als Kommune in diesem Prozess mutig vorangeht, wie beispielweise seit Jahrzehnten die Gemeinde Nebelschütz im Landkreis Bautzen, der kann das Klima schützen, zusätzliche Wertschöpfung im Ort heben, seine Bürgerinnen von Kosten entlasten und sich zusätzliche finanzielle Spielräume erarbeiten für kommunale Wunschprojekte. Eine vierfache Win-Situation!

Als kommunaler „Handwerkskasten“ bietet sich an, bereits bestehende Einzelprojekte unabhängig vom Eigentum – von der Photovoltaikanlage auf der staatlichen Schule, über das genossenschaftliche Windrad, bis zur Biogasanlage des Agrarbetriebes - und neue Ideen in einem eigenen Klimaschutzkonzept zu bündeln. Und auch an dieser Stelle gilt: Wer seine Bürgerinnen von Anfang mitredet und mitgestalten lässt, erntet ein Netzwerk von kreativen Engagierten, die die Umsetzung der Projekte selbst vorantreiben.

Es ist nicht die Größe einer Anlage, sondern die Vielfalt an Projekten und ihre optimale Verknüpfung, die hilft, Energie und Kosten dauerhaft einzusparen und damit das Klima zu schützen.

10. Global denken – lokal handeln

These: Regionale Wirtschaftskreisläufe werden gestärkt durch eine bewusste Bauplanung und Materialbeschaffung sowie die Wiederentdeckung und Förderung alter Handwerkstraditionen.

Wo kommt ein Produkt her und wer baut die neue Schule? Das sind keine Fragen von Isolationisten, sondern Fragen, die sich stellen, wenn man regionale Wirtschaftskreisläufe stärken und lokales Handeln fördern will. Einheimische Rohstoffe nutzen und Solidarische Landwirtschaft stärken sind keine Absage an globalen Handel, sondern die Einsicht in die Endlichkeit von Ressourcen und die Verantwortung jedes einzelnen für eine planetare Zukunft.

Wenn wir die Welt einladen, in die Lausitz zu kommen, dann müssen wir ihr auch die Möglichkeiten der Lausitz präsentieren. Eine Rückbesinnung auf Regionalgeschichte ohne nationale Überheblichkeit und die Wiederentdeckung alter Handwerkstraditionen kann helfen, neue Beschäftigungs- und Einkommensfelder vor allem für mutige Jungunternehmen aufzumachen, die sich der nachhaltigen Produktion verschrieben haben.

Deswegen ist es uns wichtig, dass bei kommunalen Vergabeverfahren kleine Lose ausgeschrieben werden, um gezielt regionale Unternehmen anzusprechen, und bei Baumaßnahmen auf Baustoffe gesetzt wird, die nicht um die halbe Welt transportiert werden müssen. Dadurch bleibt Wertschöpfung vor Ort, Arbeitsplätze erhalten.

11. Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stärken

These: Der Bedarf steigt mit dem Angebot! Gerade in ländlichen Flächenlandkreisen muss der ÖPNV in Qualität und Quantität ausgebaut werden unabhängig von aktueller Effizienz und Auslastung. Fuß- und Radverkehr ist gleichberechtigt und vorausschauend zu planen.

ÖPNV ist für uns nicht Bus und Bahn ohne Plan, sondern ein Mobilitätsanspruch, den Staat zu garantieren hat. ÖPNV ist zudem wirtschaftlicher und touristischer Standortfaktor, seine Qualität kann der entscheidende Grund für unternehmerische Ansiedlungen sein. Und nicht zuletzt: Ein gut ausgebauter ÖPNV ist die wirksamste Antwort auf den Klimawandel.

Wir wollen perspektivisch einen ÖPNV, den jeder überall nutzen kann und der keine individuellen Beförderungsendgelte kennt. Egal ob Arzt oder Theater, egal ob Sportveranstaltung oder Volkshochschule: Ein Besuch muss auch ohne privates Fahrzeug möglich sein. Wir setzen dabei im ländlichen Raum auf flexible Beförderungsvarianten wie Rufbusse/-taxis oder von Carsharing und stehen selbst Projekten zum autonomen Fahren aufgeschlossen gegenüber.

Wir sind davon überzeugt: Der Bedarf steigt mit einem attraktiven, zuverlässigen Angebot und der positiven Beförderungserfahrung. Erst dadurch wird der ÖPNV zur realen Alternative zur individuellen Mobilität und die Option, auf ein eigenes Auto immer häufiger oder ganz zu verzichten, wird Realität.

Fußverkehr fördern, Radverkehr ausbauen, Autoverkehr vermeiden

Mit einem guten ÖPNV wird auch eine Neustrukturierung der Verkehrsflächen möglich. Denkt man sich Innenstädte mit weniger Autos, schafft das Platz für mehr Fuß- oder Radwege oder aufgewertete Wohnquartiere. In einer modernen Stadtplanung werden alle Verkehrsteilnehmerinnen gleichberechtigt in ihren sich wandelnden Nutzungsansprüchen wahrgenommen. Es kommt heute darauf an, mehr Raum für Erholung und Erlebnis, für Kultur, Freizeit und Sport anzubieten.

Auch im ländlichen Raum ist es wichtig, das Radfahren insgesamt sicherer zu machen. Verkehrsplanung muss dabei stärker der Etablierung des Elektro-Rades Rechnung tragen – mit angepassten Fahrradwegen (u.a. Radschnellwege zwischen Mittelzentren), und ausreichend Abstell- und Lademöglichkeiten. Kommunen sollten in ihre Stadtentwicklungskonzeptionen eigene Radverkehrskonzepte integrieren.

12. Ohne Frieden ist alles nichts

These: Katastrophenhilfe statt Militär: Der Landkreis Görlitz im Dreiländereck kann als ein idealer Standort für Humanitäre Hilfsstrukturen ausgebaut werden.

Wir brauchen keine Militarisierung der Lausitz, wir brauchen keinen Aufmarschraum für bewaffnete Konfliktlösungen und wir wollen nicht, dass sich der Eindruck verfestigt, ein noch größerer Truppenübungsplatz wären Lösungsansätze im Strukturwandel. Die Millionen von Steuergeldern, die eine Umstrukturierung zum Bundeswehrstandort Lausitz kosten würde, sind nach unserer Auffassung besser in zivilen Projekten aufgehoben. Unsere Lage im Dreiländereck, in der Mitte von Europa, prädestiniert uns gerade dazu, im Landkreis Görlitz einen Standort von europaweit organisierten humanitären Hilfsangeboten zu errichten wie z.B. eine Flugstaffel zur Bandbekämpfung (in Welzow geplant) oder Logistikhubs für THW oder internationale Hilfsorganisationen. Wir wollen die Lausitz zu einem Ort machen, von dem aus Hilfe in die Welt geht, wenn Hilfe gebraucht wird - nach Naturkatastrophen, nach außergewöhnlichen Ereignissen oder bei Waldbränden. Die Logos der internationalen Hilfsorganisationen sollen die Straßen füllen - nicht das Kreuz der Bundeswehr.